

Niederschrift

Gremium:	Stadtrat
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 10.09.2014
Sitzungsdauer:	19:00 - 22:00 Uhr
Sitzungsort:	Gaststätte im Kulturhaus, Str. der Jugend 41 in Tangerhütte

 Öffentliche Sitzung es folgte eine
Nichtöffentliche Sitzung Nichtöffentliche
Sitzung-----
Borstell
Vorsitzender-----
Wesemann
Protokollführer**Anwesend:****Stadtratsvorsitzender**

Herr Gerhard Borstell

Beauftragter des LK Stendal

Herr Hans Dieter Sturm

Mitarbeiter Verwaltung

Frau Angelika Bierstedt

Herr Erich Gruber

Frau Barbara Stutzer

Mitglieder

Frau Ina Altenberger

Frau Edith Braun

Herr Dr. Frank Dreihaupt

Herr Torsten Fettback

Frau Petra Fischer

Herr Marcus Graubner

Herr Robert Gravert

Herr Hans-Peter Gürnth

Herr Werner Jacob

Herr Peter Jagolski

Frau Kathleen Kraemer

Herr Tim Lange

Herr Bernd Liebisch

Herr Falk Mainzer

Herr Wolfgang März

Herr Michael Nagler

Herr Ulf Osterwald

Herr Dieter Pasiciel

Herr Manfred Pecker

Frau Rita Platte

Herr Detlef Radke

Herr Jörg Rudowski

Frau Janine Steinig-Pinnecke

Herr Bodo Strube

Herr Daniel Wegener

Protokollführer

Frau Birgit Wesemann

nicht anwesend**Mitglieder**

Herr Wolfgang Kinszorra entschuldigt

Herr Heiko Krause unentschuldigt

Tagesordnung

zur öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates der EG Stadt Tangerhütte am Mittwoch, 10.09.2014, 19:00 Uhr in der Gaststätte im Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte.

Öffentliche Sitzung

DS-Nr.

- | | | |
|----|--|-------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung, Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Feststellung der Tagesordnung und Ordnungsmäßigkeit der Einladung | |
| 3 | Verpflichtung des ehrenamtlichen Mitgliedes des Stadtrates auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten durch den Vorsitzenden des Stadtrates | |
| 4 | Einwohnerfragestunde | |
| 5 | Bericht des Beauftragten des Landkreises Stendal über die Ausführung gefasster Beschlüsse | |
| 6 | Antrag WG Lüderitz - Verfügung § 7-Mittel lt. Gebietsänderungsvertrag | |
| 7 | Antrag WG Lüderitz - Investitionsmaßnahmen Haushalt - Sichtbarkeit der Pflicht- und freiwilligen Aufgaben | |
| 8 | Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2014 | BV 070/2014 |
| 9 | Kostenänderung des Maßnahmenplans der EG Stadt Tangerhütte Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 - Wildpark in Weißewarte | BV 074/2014 |
| 10 | Größe des zeitweiligen Ausschusses "Alternativlose DIN-gerechte Sanierung aller Hochwasserdeiche im Einzugsgebiet der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte" | BV 080/2014 |
| 11 | Benennung der Ausschussmitglieder zur Besetzung des zeitweiligen Ausschusses "Alternativlose DIN-gerechte Sanierung aller Hochwasserdeiche im Einzugsgebiet der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte" | BV 081/2014 |
| 12 | Benennung der sachkundigen Einwohner zur Besetzung des zeitweiligen Ausschusses "Alternativlose DIN-gerechte Sanierung aller Hochwasserdeiche im Einzugsgebiet der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte" | BV 083/2014 |
| 13 | Benennung des Vorsitzenden des zeitweiligen Ausschusses "Alternativlose DIN-gerechte Sanierung aller Hochwasserdeiche im Einzugsgebiet der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte" | BV 084/2014 |
| 14 | Wahl eines Vertreters und eines Stellvertreters der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Breitband Altmark | BV 082/2014 |
| 15 | Informationen des Beauftragten des Landkreises Stendal | |
| 16 | Anfragen und Anregungen | |

Nichtöffentliche Sitzung

- 17 Antrag WG Lüderitz - Auskunft Feuerwehreinsätze
- 18 Antrag WG Lüderitz - Personalangelegenheiten
- 19 Antrag WG Lüderitz - Personalangelegenheiten
- 20 Anfragen und Anregungen

Öffentliche Sitzung

- 21 Wiederherstellung der Öffentlichkeit
- 22 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 23 Schließen der Sitzung

Öffentlicher Teil

Pkt. 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Herr Borstell eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Pkt. 2 Feststellung der Tagesordnung und Ordnungsmäßigkeit der Einladung

Herr Borstell stellt die Tagesordnung und die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Pkt. 3 Verpflichtung des ehrenamtlichen Mitgliedes des Stadtrates auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten durch den Vorsitzenden des Stadtrates

Herr Borstell verpflichtet das ehrenamtliche Mitglied des Stadtrates Frau Braun.

Pkt. 4 Einwohnerfragestunde

Herr Traufelder aus Birkholz fragt, ob es einen Strukturplan über die Freiwilligen Feuerwehren (FFwen) gibt. In Birkholz existiert eine Freiwillige Feuerwehr (FFw), die nicht einsatzfähig ist. Es gibt auch keine Jugendgruppen, weil kein Nachwuchs da ist. Somit stehen Gerät in tausend € rum. Wäre eine Zusammenlegung möglich, um die Einsatzbereitschaft der FFwen zu gewährleisten? Ist ein Verkauf der überflüssigen Geräte möglich? Ist für die abgeschriebene Technik eine Neuanschaffung vorgesehen und muss dies im Haushalt (HH) verankert werden?

Herr Sturm sagt, Herr Traufelder hat etwas angesprochen, was allgemein in großen Flächengemeinden üblich ist. Wir haben aufgrund des demographischen Wandels Probleme und aufgrund der Pendler, die nach außerhalb pendeln, den Brandschutz zu sichern. Es gibt auch das Problem, dass wir eine FFw-Bedarfsanalyse aufgestellt haben, die dem Landkreis (LK) zur Genehmigung vorliegt. Eine Zusammenlegung ist nicht ganz einfach, denn FFwen vertragen sich immer am besten, wenn sie weit auseinander sind. Das wäre eine Aufgabe für den zukünftigen Bürgermeister (BM). Was man nicht benötigt, könnte veräußert werden, wenn man einen Abnehmer finden sollte.

Herr Gruber ergänzt Herrn Sturms Äußerungen. Die Bedarfsrisikoanalyse liegt dem LK vor. Sobald wir die Analyse vom LK zurück erhalten, kommt diese in die Ausschüsse und den Stadtrat (SR).

Herr Traufelder fragt, Anschaffungen und Abschreibungen im HH, ja oder nein?

Herr Sturm antwortet, wenn keine FFw vorhanden ist, kann man keine Ersatzbeschaffung machen. Das wäre nicht nur unwirtschaftlich sondern auch ein Verstoß gegen die HH-Vorschrift der sparsamen und wirtschaftlichen HH-Führung.

Frau Bierstedt ergänzt, wenn der Bestand aufgenommen ist und in der Eröffnungsbilanz eingearbeitet, ist es selbstverständlich notwendig, dort auch die Abschreibungen zu erkunden und zu wirtschaften.

Pkt. 5 Bericht des Beauftragten des Landkreises Stendal über die Ausführung gefasster Beschlüsse

Herr Sturm berichtet, dass die Beschlüsse, Wahl der Ortsbürgermeister (OBM) und dessen Stellv. in Form der Aushändigung der Ernennungsurkunde umgesetzt worden sind. Der Beschluss zur Ergänzung des Maßnahmeplans der innerörtlichen Straßen im Rahmen der Hochwasserschäden ist auch umgesetzt worden. Bei den Beschlüssen zur Grundsatzentscheidung zum Förderprogramm STARK III im Bereich der Schulen und der Kitas sind wir in der Umsetzung. Die Umsetzung des Antrages der SPD-Fraktion auf einen zeitweiligen Ausschuss zum Hochwasser steht heute auf der Tagesordnung (TO). Der Antrag zur Ausschreibung der Stelle eines/r Hauptamtsleiters/in ist in Vorbereitung. Die Umsetzung setzt voraus, dass heute der HH-Plan mit dem Bestandteil Stellenplan beschlossen wird.

Pkt. 6 Antrag WG Lüderitz - Verfügung § 7-Mittel lt. Gebietsänderungsvertrag

Frau Braun begründet den Antrag der WG Lüderitz. Auch im HH 2013 hatte sie dieses Problem im Auftrag des Ortschaftes Lüderitz bereits angesprochen. Es ist bekannt, dass Lüderitz mit den vielen Vereinen, mit den gekürzten § 7-Mitteln nicht auskommt. Die OBM hat es ebenfalls begründet und es wurde versprochen, dass Lüderitz im Zuge mit anderen Austauschortschaften evtl. noch Zuschüsse bekommt. Von Herrn Papenbroock wurde damals verkündet, dass Cobbel seine § 7-Mittel nicht benötigt und Lüderitz ergänzende § 7-Mittel bekommt. Leider hat das nicht funktioniert. Lt. Gebietsänderungsvertrag stehen den Ortschaften die Mittel zu.

Die **SR**e diskutieren das Für und Wider des Antrages, mit dem Ergebnis eines erweiterten Antrages.

Protokoll der Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. vom Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

Herr Borstell bittet um Abstimmung des Antrages, der wie folgt lautet.

Wir beantragen, dass der SR beschließen möge, die § 7-Mittel wieder entspr. Gebietsänderungsvertrages der Ortschaft Lüderitz zur Verfügung zu stellen, denn die Kürzungen sind für Lüderitz nicht akzeptabel, weil sie sich negativ auf das Vereins- und Gemeindeleben auswirken. Konkret verlangen wir die Erhöhung von 6.500 auf 8.500 €.

Frau Platte weist darauf hin, dass dieser Antrag auf alle Ortschaften erweitert werden müsste und zwar mit entspr. Beschlussvorschlag in die Ortschaften zu bringen.

Frau Braun stellt einen Geschäftsordnungsantrag. In dem Antrag steht ganz klar, § 7-Mittel wieder entsprechend des Gebietsänderungsvertrages den Ortschaften und sie hat diesen Antrag für die Ortschaft Tangerhütte erweitert.

Herr Borstell erklärt, dass man, wenn man einen Geschäftsordnungsantrag stellt, nicht zur Sache spricht, sondern nur, um den Antrag zu begründen.

Herr Wegener merkt an, im Antrag steht lt. Gebietsänderungsvertrag und das würde wieder für Tangerhütte zum Nachteil sein. Tangerhütte müsste mit in den ergänzenden Antrag erwähnt werden.

Herr Borstell bittet um Abstimmung des **erweiterten Antrages**, der wie folgt lautet.

Wir beantragen, dass der SR beschließen möge, die § 7-Mittel wieder entspr. Gebietsänderungsvertrages den Ortschaften einschl. der Ortschaft Tangerhütte zur Verfügung zu stellen, denn die Kürzungen sind nicht akzeptabel, weil sie sich negativ auf das Vereins- und Gemeindeleben auswirken. Ein entspr. Beschlussvorschlag muss erst in die Ortschaften gehen und dann in die Ausschüsse.

Abstimmung erweiterter Antrag: 20 Ja-Stimmen 6 Nein-Stimmen 1 Enthaltung

Pkt. 7 Antrag WG Lüderitz - Investitionsmaßnahmen Haushalt - Sichtbarkeit der Pflicht- und freiwilligen Aufgaben

Frau Braun nimmt die Begründung der Kämmerei zum Antrag zur Kenntnis, obwohl sie diese nicht versteht.

Herr Graubner stimmt Frau Braun zu. Es war schon schwierig, den kameralistischen HH zu lesen.

Frau Platte meint, dass man sich aufgrund des fortgeschrittenen Jahres verständigt hat, diesen zusammengefassten HH erst einmal zu zustimmen. Im HH 2015 sollte eine Sichtbarmachung der Positionen deutlicher gemacht werden.

Herr Sturm sagt, es war für alle nicht einfach von der Kameralistik auf die Doppik. Fehlerhaft ist, dass die Produktbeschreibungen hinten stehen. Es steht aber eindeutig in den Beschreibungen der Produkte, ob es sich um eine Pflicht- oder freiwillige Aufgabe handelt. Für den HH 2015 werden wir mit unserem Anwender versuchen, die Produktbeschreibungen nach vorn zu stellen.

Herr Radke spricht an, dass auf der letzten Ortschaftsratssitzung Weißewarte die Frage kam, ob man den Räten den HH nicht wie in alten Zeiten erklären kann. Ein Mitarbeiter der Verwaltung könnte zur jeweiligen Ortschaftsratssitzung den HH erklären.

Herr Borstell meint, dann muss man mit der Verwaltung sprechen oder es schließen sich einige Ortschaften zusammen.

Herr Borstell bittet um Abstimmung des Antrages, der wie folgt lautet.

Wir fordern die Verwaltung auf, die Investitionen ab Haushalt 2015 nach Pflicht- und freiwilligen Aufgaben sichtbar dazustellen.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen

Pkt. 8 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2014 - Vorlage: BV 070/2014

Frau Bierstedt informiert, dass der HH in den Ausschüssen, den Fraktionen und den OBM vorgestellt, gelesen und beraten wurde. Alle Ortschaften wurden angehört. In den genannten durchgeführten Veranstaltungen gab es Hinweise, Anregungen und Forderungen. Diese werden nach Abstimmung aus diesen Beratungen aufgelistet, auf ihre rechtliche und finanzielle Möglichkeit der EG geprüft. Die Resultate werden in den Gremien beraten und besprochen und sind die Grundlage bei der Erarbeitung des HH 2015. Die Liste mit den Anträgen wird ständig weiter ergänzt. Signalisiertes Ziel aus diesen Beratungen war, dass der HH heute vorgestellt und ggf. beschlossen wird, um dann die HH-Wirtschaft für 2014 ordnungsgemäß umsetzen zu können. Heute wurde dem SR und den

OBM und den Gästen eine neue HH-Satzung als Tischvorlage vorgelegt. In der HH-Satzung gibt es eine Änderung, die in jeder Beratung angesprochen wurde. Es ist die Summe der Liquiditätskredite. Diese war in den ersten Entwürfen auf 7 Mio € festgesetzt worden. Zwischenzeitlich gibt es das neue Kommunalverfassungsgesetz (KVG LSA) und wir wurden gestern davon in Kenntnis gesetzt, dass es einen Runderlass geben wird, der sich mit der Genehmigung der Kassenkredite unter besonderen Bedingungen beschäftigt. Deshalb beträgt jetzt die Summe der Kassenkredite 5,5 Mio €. Einen genehmigungsfreien Kassenkredit hätte die EG per Gesetz aufnehmen können, in Höhe von 1/5 der laufenden Einzahlungen der Verwaltungstätigkeit des Finanzplanes. Das wären berechnet auf 15 Mio €, ein Liquiditätskredit in Höhe von 3 Mio €. Dafür bräuchten wir keine Genehmigung. Diese Summe wird nicht reichen, denn die EG hatte in der Kameralistik nicht nur einen HH-Plan zu beschließen, sondern auch ein HK-Konzept, weil der Ausgleich nicht gegeben war. Dieses Konzept soll und wird uns begleiten. In diesem Konzept war der Soll-Fehlbetrag eingearbeitet. Der Soll-Fehlbetrag, den die EG aus der Kameralistik heraus, zu tragen hat, beläuft sich auf 3,9 Mio €. Diese Summe muss über den Kassenkredit abgefangen werden. Dann haben wir laufende Verwaltungsgeschäfte zu finanzieren und es ist auch möglich, in den Kassenkredit die Differenz aus Tilgungen einzureichen, welche die EG aus ihren Kreditverträgen leisten muss, a) zum Zeitpunkt vor der Beschlussfassung der Anwendung des STARK II Programmes, d.h., bis 2011 hat die EG ganz normal alle bestehenden Kreditverträgen entsprechend den vertraglichen Bedingungen getilgt. Ab 2012 wird das Programm STARK II angewendet. STARK II bedeutet, wenn wir uns bestimmten Bedingungen unterwerfen, erhält die EG für die angemeldeten Kredite 30% Tilgungszuschuss. Dafür sind die Kredite aber nicht wie ursprünglich im Vertragswerk ausgestaltet 20 oder 30 Jahre in der Laufzeit zu tilgen, sondern innerhalb von 10 Jahren. Dadurch ergibt sich für das Jahr 2014 eine Differenz von 230 T €, die zusätzlich erbracht werden müssen. Diesen Betrag haben wir auch noch raufgerechnet und gehen davon aus, dass wir mit 5,5 Mio € auskommen. Hinsichtlich der HH-Satzung, der Gestaltung des HH ist man in den vorherigen Beratungen übereingekommen, dass heute keine Präsentation mehr gezeigt wird.

Frau Platte, Herr Graubner, Frau Braun, Herr Strube, Herr Nagler und Herr Dr. Dreihaupt äußern sich zum HH und stimmen in Namen ihrer Fraktionen dem HH zu.

Herr Borstell bittet um Abstimmung des Beschlusses BV 070/2014, der wie folgt lautet

Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage des Gesetzes zur Reform des Kommunalverfassungsrechts des Landes Sachsen-Anhalt und zur Fortentwicklung sonstiger kommunalrechtlicher Vorschriften vom 17. Juni 2014 (Kommunalrechtsreformgesetz) § 100 die Haushaltssatzung und § 101 den Haushaltsplan der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für das Jahr 2014 gemäß beiliegender Fassung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig mit 27 Ja-Stimmen

Pkt. 9 Kostenänderung des Maßnahmeplans der EG Stadt Tangerhütte Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 - Wildpark in Weißewarte - Vorlage: BV 074/2014

Herr Sturm informiert, dass der Bauausschuss (BA) am 03.09. getagt und festgestellt hat, dass hier eine Zustimmung erfolgen sollte und **Herr Gravert**, Vorsitzender BA, stimmt Herrn Sturm zu.

Herr Borstell bittet um Abstimmung des Beschlusses BV 074/2014, der wie folgt lautet.

Der Stadtrat beschließt die Kostenänderung im beiliegenden Maßnahmeplan zur Behebung der Hochwasserschäden aus 2013 für die beantragte Maßnahme „Wildpark Weißewarte“. Die Gesamtkosten der Maßnahme ändern sich von 634.625,70 € Brutto (Kostenschätzung v. September 2013) auf 1.369.190,68 € Brutto (Kostenplanung v. Juli 2014). Das entspricht einer Kostenänderung von 734.564,98 € Brutto.

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 1 Enthaltung

Pkt. 10 Größe des zeitweiligen Ausschusses "Alternativlose DIN-gerechte Sanierung aller Hochwasserdeiche im Einzugsgebiet der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte" - Vorlage: BV 080/2014

Herr Sturm erläutert, dass der SR beschlossen habe, einen zeitweiligen Ausschuss zu bilden. Aufgrund der Regelung in der Hauptsatzung (HS) lautet der Vorschlag, diesen Ausschuss mit 9 Mitglieder und 3 sachkundige Einwohner zu besetzen.

Herr Pasiciel meint, wer dem letzten BA beigewohnt hat, weiß, dass diese ganze Geschichte absurd ist und bittet darum, dies noch einmal zu überdenken.

Herr Nagler stimmt dem nicht zu. Der Beschluss zur Bildung ist gefasst und er war im letzten BA zu Gast, hatte aber leider kein Rederecht. Dies würde auch Herrn Kinszorra und Herrn Kruse als Initiatoren so gehen. Bei dem Vortrag von Herrn Steingraf und dem beauftragten Ing.büro für das Standesicherheitsgutachten hätte er allein einige Fragen gehabt und Widersprüche aufgedeckt. Einige Fraktionen haben angedeutet, dass es zur Kostensenkung reichen würde, wenn sie im SR Auskunft erhalten würden. Der SPD-Fraktion würden auch 2 Sitze reichen. Ist das so rechtens oder muss man die Ausschüsse wie es in der Hauptsatzung (HS) steht bilden?

Aus **Frau Plattes** Sicht sind die 9 Mitglieder eine Obergrenze und wenn ein zeitweiliger Ausschuss freiwillig gebildet wird, hält sie den Vorschlag von Herrn Nagler legitim.

Herr Sturm sagt, der § 7 Abs. 3 eindeutig ist und **Herr Rudowski** weist darauf hin, dass der § 7, Abs. 1 beratende Ausschüsse regelt und benennt sie explizit. Gesonderte Regelungen über zeitweilige Ausschüsse sieht die HS nicht vor.

Herr Sturm legt dar, dass ursprünglich ein beratender Ausschuss gebildet werden sollte. Ein beratender als ständigen Ausschuss hätte eine Änderung der HS zu Folge. Aus diesem Grund wurde ein zeitweiliger Ausschuss beschlossen, der nicht in die HS aufgenommen werden muss. Somit bewegen wir uns im Moment außerhalb der HS. Dadurch hat der SR die Möglichkeit, durch einen Änderungsantrag die Vorlage zu verändern.

Die UWG Südliche Altmark, die WG Altmark-Elbe, die WG Lüderitz und die Linke-Fraktion verzichten auf einen Sitz in diesem zeitweiligen Ausschuss. Ihnen reicht es, wenn sie im SR die Information erhalten und dementsprechend einwirken können. Die SPD-Fraktion verzichtet auf einen Sitz und die CD-Fraktion verzichtet auf keinen Sitz.

Herr Borstell bittet um Abstimmung des **Änderungsbeschlusses** BV 080/2014, der wie folgt lautet.

Der Stadtrat beschließt die Größe des zeitweiligen Ausschusses „Alternativlose DIN-gerechte Sanierung aller Hochwasserdeiche im Einzugsgebiet der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte“ wie folgt.

Größe des Ausschusses: 4 Mitglieder (2 SPD, 2 CDU) 3 sachkundige Einwohner

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 4 Enthaltungen

Pkt. 11 Benennung der Ausschussmitglieder zur Besetzung des zeitweiligen Ausschusses "Alternativlose DIN-gerechte Sanierung aller Hochwasserdeiche im Einzugsgebiet der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte" - Vorlage: BV 081/2014

Herr Borstell bittet um Abstimmung des Beschlusse BV 081/2014, der wie folgt lautet.

Der Stadtrat beschließt den zeitweiligen Ausschuss „Alternativlose DIN-gerechte Sanierung aller Hochwasserdeiche im Einzugsgebiet der Einheitsgemeinde Tangerhütte“ wie folgt zu besetzen:

<u>Mitglieder des Ausschusses</u>	<u>auf Vorschlag der Fraktion</u>
1. Wolfgang Kinszorra.....	SPD
2. Michael Nagler.....	SPD
3. Detlef Radke.....	CDU
4. Marcus Graubner.....	CDU

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 4 Enthaltungen

Pkt. 12 Benennung der sachkundigen Einwohner zur Besetzung des zeitweiligen Ausschusses "Alternativlose DIN-gerechte Sanierung aller Hochwasserdeiche im Einzugsgebiet der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte" - Vorlage: BV 083/2014

Herr Borstell bittet um Abstimmung des Beschlusse BV 083/2014, der wie folgt lautet.

Der Stadtrat beschließt, folgende sachkundige Einwohner für die Besetzung des zeitweiligen Ausschusses „Alternativlose DIN-gerechte Sanierung aller Hochwasserdeiche im Einzugsgebiet der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte“ zu benennen:

<u>sachkundige Einwohner</u>	<u>auf Vorschlag der Fraktion</u>
Thomas Kruse.....	CDU

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 4 Enthaltungen

Pkt. 13 Benennung des Vorsitzenden des zeitweiligen Ausschusses "Alternativlose DIN-gerechte Sanierung aller Hochwasserdeiche im Einzugsgebiet der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte" - Vorlage: BV 084/2014

Herr Nagler schlägt Herrn Kinszorra als Vorsitzenden vor.

Herr Borstell bittet um Abstimmung des Beschlusses BV 084/2014, der wie folgt lautet.

Der Stadtrat beschließt, dass als Vorsitzender des zeitweiligen Ausschusses „Alternativlose DIN-gerechte Sanierung aller Hochwasserdeiche im Einzugsgebiet der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte“ folgendes Ausschussmitglied benannt wird: Vorsitz: Herr Wolfgang Kinszorra

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 4 Enthaltungen

Pkt. 14 Wahl eines Vertreters und eines Stellvertreters der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Breitband Altmark - Vorlage: BV 082/2014

Herr Nagler informiert, dass die SPD den Vorschlag gemacht hat, Herrn Rudowski als Vertreter zu nehmen, weil er geeigneter ist, dies zu begleiten. Aus diesem Grund möchte Herr Kinszorra seine Mitarbeit im Zweckverband Breitband Altmark beenden. In der Begründung der SPD-Fraktion haben sich einige Fehler eingeschlichen. Herr Rudowski arbeitet im Ministerium für Inneres und Sport im LSA und er ist dort auf Wunsch des Staatssekretärs des Ministeriums im Steuerungskreis Breitband des Landes. Dieser Steuerungskreis ist bei der Staatskanzlei angesiedelt.

Herr Rudowski teilt mit, dass die SPD-Fraktion diesen Vorschlag mit ihm vorher abgestimmt hat und das entspricht dem, was er sich für seine Arbeit im SR vorgenommen hat. Er verspricht, eine ordentliche Arbeit zu leisten und es wird möglichst bald erste konkrete Ergebnisse geben.

Die **CDU-Fraktion** und die **WG Lüderitz** unterstützen diesen Antrag.

Herr Borstell schlägt als Stellvertreter den Bürgermeister (BM) vor.

Herr Borstell bittet um Abstimmung des Beschlusses BV 082/2014, der wie folgt lautet.

Der Stadtrat beschließt, nach erfolgter Wahl wird Herr Jörg Rudowski als Vertreter der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für die Verbandsversammlung im Zweckverband Breitband Altmark benannt.

Als Stellvertreter/in wird die/der Bürgermeister/in der EG Stadt Tangerhütte gewählt.

Die Verwaltung wird beauftragt dem Zweckverband Breitband Altmark den Namen des Vertreters und seines Stellvertreters (inkl. vollständiger Postanschrift) mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig mit 27 Ja-Stimmen

Pkt. 15 Informationen des Beauftragten des Landkreises Stendal

Herr Sturm informiert, dass zurückliegende Anfragen des SRes teilweise beantwortet wurden. Falls eine Ergänzung zu der Stellungnahme zu den Anfragen zum Kulturhaus nötig sein sollte, möchte es der SR in der nächsten Sitzung vorbringen. Die Beantwortung zur Anfrage zum Zustand der Straßen, die durch Umleitungen beschädigt worden sind, liegt dem SR auch vor.

Da **Frau Braun** einige Zeit nicht im Lande war, hat sie heute festgestellt, dass die Schönwalder Chaussee repariert wird. Woraus wird das finanziert?

Herr Gruber sagt, dass es sich um eine Gemeindestraße handelt. Diese Mittel stammen aus der Kostenposition Straßeninstandhaltung, womit auch der Radweg nach Schleuß finanziert wird.

Herr Sturm informiert jetzt über Leader UTE (Uchte/Tanger/Elbe). Das Leader-Programm ist für 2014 ausgelaufen aber wird 2015 fortgesetzt.

In der letzten Sitzung beschloss der SR den Einspruch der BMin (Bürgermeisterin) gegen die Abwahl zuzulassen aber unbegründet zurückzuweisen. Gegen diese Entscheidung besteht ein Rechtsbehelf und die Klage gegen diese Entscheidung ist eingegangen, d.h., dass es verwaltungsgerichtlich geprüft wird.

Pkt. 16 Anfragen und Anregungen

Herr Graubner hat heute von Eltern, deren Kinder auf dem Abenteuerspielplatz Tangerhütte spielen, eine Tüte mit Scherben erhalten. Diese Scherben lagen tief im Sandkasten. Das ist eine Gefahr für die Kinder. Er fordert, dass das zuständige Ordnungsamt (OA) tätig wird und energisch vorgeht. Er hat Beweisbilder mit, die er rumgibt.

Der Internetauftritt der Stadt Tangerhütte ist katastrophal. Wenn wir hier Marketing vorantreiben wollen, muss es professioneller werden. Es gibt auch Facebook. In Facebook sind sogar Städte präsent.

Frau Hoffmanns Frage bezieht sich noch einmal auf die Straßen. In Lüderitz ist die L30 mit Splitt saniert worden. Der Splitt liegt jetzt in der Gosse bzw. auf den Bürgersteigen. Wer ist zuständig, den Splitt zu entfernen und ist es Sondermüll?

Frau Braun wirft ein, das Land.

Herr Sturm meint, es müsste den Straßenbulasträger bzw. der Firma, die die Maßnahme gemacht hat, mitgeteilt werden.

Herr Osterwald spricht zur Thematik FFW. 2013 wurden 39 neue Handsprechfunkgeräte für 30 T € gekauft, die die FFW noch nicht in Betrieb nehmen konnte, weil die SIM-Karten fehlen. Er bittet darum, dies schnellstmöglich nachzuholen. Es läuft auch langsam die Garantie ab.

Herr Gruber wird dem nachgehen.

Herr Borstell meint, dies ist schon länger bekannt.

Herr Gravert weist noch einmal darauf hin, dass ein Systemadministrator kein Webdesigner ist.

Herr Rudowski pflichtet Herrn Graubner zur Aktualität und des Services zur Internetseite vollkommen bei, aber Facebook und Portale öffentlicher Träger Gebietskörperschaften öffentlichen Rechts vertragen sich nach Auffassung des Landesdatenschutzbeauftragten überhaupt nicht. Was das Anbieten von Informationen betrifft, haben wir eine gewisse Sorgfaltspflicht. Facebook kann man nur als natürliche Person, nicht als Gebietskörperschaft, öffnen und wer soll denn von der Verwaltung seinen Namen dafür hergeben.

Frau Braun knüpft noch einmal an die Problematik von Frau Hoffmann und Herrn Graubner an. Diese betreffen prinzipiell die Arbeit des OA. Sie meint, dass hier niemand am Tisch säße, der mit der Arbeit des OA zufrieden wäre. Es sei vielfach in den beratenden Ausschüssen angesprochen worden. Man rufe oft an und gebe Hinweise.. Das OA arbeite im eigenen Wirkungskreis. Niemand der SRe sei verpflichtet, auf die ureigene Aufgabe des OA hinzuweisen. Wenn Straßen instandgesetzt werden, müsse man mit offenen Augen durch die Ortschaften fahren und sich Notizen machen. Ein Mitarbeiter führe sogar bis Stendal.

Herr Borstell bittet Frau Braun sich kurz zu fassen, denn Anfragen und Anregungen sind keine Beratungen.

Frau Braun findet die Sache mit dem Spielplatz einen Skandal. Dasselbe betrifft auch die Ortschaften. Es wird zu wenig auf die Qualitätssicherung geachtet. Sie bittet auch darum, dass dies endlich abgeändert wird.

Frau Platte weist darauf hin, dass zum Internetauftritt auch die Ortschaften gefragt werden und zwar, was für die Ortschaften auf der Internetseite zu stehen hat.

Sie hat gestern in der Fraktionssitzung die Probleme Standesamt und Friedhof angesprochen. Sie möchte möglichst zeitnah eine Antwort.

Herr Sturm sagt, das wird im nichtöffentlichen Teil beantwortet.

Frau Altenberger kann das, was Herr Rudowski zur Internetseite gesagt hat, nachvollziehen. In Tangerhütte gibt es einen Schülerclub mit jungen Leuten, die in der Regel in diesen Dingen fit sind. Warum versucht man nicht über junge Leute Ideen und Vorschläge aufzugreifen? Es könnte eine Projektarbeit sein, evtl. auch mit der Wilhelm-Wundt-Schule. Unsere Ressourcen in der Verwaltung sind sehr begrenzt.

Herr Borstell würde gern Frau Altenberger einladen und mit den Fachleuten überlegen, wie die Dinge liegen.

Herr Strube hat zwei Probleme. Einmal geht es um die Entwicklungskonzeption der EG, die unbedingt benötigt wird. Er weiß vom OBM Tangerhütte, dass die Ortschaft Tangerhütte noch von ihrer Selbstständigkeit her eine Entwicklungskonzeption hat. Diese reicht natürlich nicht für die EG aus. Er weiß auch nicht, ob die anderen Ortschaften Entwicklungskonzeptionen haben. Wer keine hat, bekommt auch keine Fördermittel. Er plädiert dafür, dass relativ zeitnah für die EG Stadt Tangerhütte eine Entwicklungskonzeption mit Wirksamkeit bis mindestens 2025 erarbeitet wird.

Am Sonntag, 18:00 Uhr, wird ein neuer BM für die EG Stadt Tangerhütte gewählt sein. Er hat Bedenken, ob der zukünftige BM sofort in die Problematik rein findet, ohne eine entsprechende Unterstützung zu haben. Könnte man mit Herrn Sturm vereinbaren, dass der neue BM mit Herrn Sturm evtl. einmal wöchentlich Kontakt aufnehmen darf?

Herr Sturm meint, man solle erst einmal die Wahl abwarten und der neue BM muss entscheiden, wie er die Verwaltung führen wird. Der neue BM hat eine gute Mannschaft, die multiviert ist. Es gibt auch andere Institute, die unterstützen.

Frau Platte informiert, die Leadergeschichte sind nicht die genannten Städte an sich, sondern es sind aus diesen Gemeinden aktive oder private Leute, die diese Leadergruppe bilden und die Entwicklungskonzeption ist für diese Leaderbeantragung besonders wichtig. Aus ihrer Sicht ist es hier wichtig, einen zeitweiligen Ausschuss zu bilden, der sich aus variablen Mitgliedern zusammensetzt.

Frau Braun unterstützt den Vorschlag Entwicklungskonzept. Sie hat von Herrn Köppe einen Anruf bekommen, der darauf hingewiesen hat, dass wir kein Entwicklungskonzept haben. Es wurde 1 Jahr lang nichts gemacht und wenn wir noch etwas vom Förderprogramm abfassen wollen, ist es zwingend notwendig, dass die Verwaltung endlich etwas macht.

Frau Platte stellt richtig, dass die neue Leaderperiode erst 2015 anfängt und es ist nichts versäumt worden.

Herr Gruber sagt zum Stadtentwicklungskonzept, dass im Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt und im Landesministerium für Landesentwicklung für Verkehr am 15.09. eine Beratung stattfindet, wo die beiden Ministerien über diese Problematik beraten. Von Seiten der Verwaltung wird jemand zu gegen sein und die Verwaltung vertreten.

Herr Borstell bedankt sich im Namen des SRes und der EG bei Herrn Sturm für sein Wirken und Engagement für die EG als Beauftragter des LK Stendal.

Herr Sturm bedankt sich für die Zusammenarbeit und wünscht, dass man sachlich und fair miteinander umgeht.

Anschließend bedanken sich **Herr Graubner** und **Frau Platte** bei Herrn Sturm im Namen ihrer Fraktion.

Herr Borstell beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:50 Uhr.

Herr März verlässt die Sitzung nach dem öffentlichen Teil.

Öffentlicher Teil

Pkt. 21 Wiederherstellung der Öffentlichkeit

Herr Borstell stellt die Öffentlichkeit wieder her.

Pkt. 22 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

In der nichtöffentlichen Sitzung gab es keine zu fassenden Beschlüsse.

Pkt. 23 Schließen der Sitzung

Die Sitzung wird 22:00 Uhr geschlossen.